



Grundsatzpapier der Partei Grundeinkommen für Alle - GFA

Soziales

Das bedingungslose Grundeinkommen folgt dem im deutschen Grundgesetz fest verankerten Sozialstaatsgebot. Jeder Mensch hat ein uneingeschränktes Recht auf Existenzsicherung und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut darf in einem reichen Land wie Deutschland nicht sein.

Dabei bleibt durch das bedingungslose Grundeinkommen das SGB 1 bestehen und wird der Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft angepasst. SGB 2 soll jedoch durch das bedingungslose Grundeinkommen angepasst werden.

Die Partei GFA fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen in einer die Teilhabe sichernden Höhe als unpfändbares individuelles Recht.

Bildung

Die Welt, für die unsere Bildungseinrichtungen gemacht worden sind, existiert nicht mehr. Schulen müssen zwar Grundfertigkeiten vermitteln, die Kinder und Jugendliche in ihrem Berufsleben brauchen, aber für ein glückliches Leben reicht das, was Schulen und andere Bildungseinrichtungen vermitteln nicht aus.

Die Anforderungen, die durch Klimawandel, Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Friedenssicherung in Zukunft an uns gestellt werden, sind ohne ein Umdenken in der Bildungspolitik nicht zu meistern.

Die Partei GFA fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, dass allen Heranwachsenden den Druck nimmt, ihre finanzielle Absicherung bis zum Lebensende planen zu müssen. Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten Menschen schon in jungen Jahren die Freiheit, sich ihren Talenten und Interessen entsprechend zu bilden und nicht nur den Interessen der Wirtschaft dienlich sein zu müssen.

Arbeit

Wir von der GFA-Partei stehen auf dem Standpunkt, dass jeder Mensch sich seinen Talenten und Interessen nach in die Gestaltung seines Umfelds und der Gesellschaft einbringen will.

Jeder Mensch will den Zweck seiner Arbeit weitgehend selbst bestimmen und die Folgen seines Tuns verfolgen können. Dadurch erhält die Arbeit für Menschen einen Sinn und motiviert sie, sich produktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Das bedingungslose Grundeinkommen wird niemals so hoch sein, dass sich die Aufnahme einer Erwerbsarbeit finanziell nicht lohnen würde. Wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, wird immer mehr Geld haben. Auch wenn es sich um eine geringfügige Tätigkeit handelt. Selbst die von vielen zitierten „unbeliebten“ Arbeiten werden somit ausgeführt werden. Auch sie können sinnstiftend sein und erhöhen den Lebensstandard.

Unsere heutige Arbeitswelt ist weder sinnstiftend noch leistet sie einen Beitrag zur Identifizierung. Ein System wie unser Hartz IV demotiviert und zwingt Menschen zu Tätigkeiten, die ihren Talenten und Interessen widersprechen. Das bedingungslose Grundeinkommen gibt allen Menschen Muße zur Reflexion und die Möglichkeit zur Neuorientierung.

Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird die Tarifautonomie nicht geschädigt. Stattdessen bekommen die Gewerkschaften mehr Durchsetzungskraft durch persönlich gestärkte Mitglieder, die sich nicht durch Drohungen wie Kurzarbeit oder sogar Aussperrung erpressen lassen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist deshalb eine „gute Streikkasse“.

Umwelt

Klimawandel, Artensterben, Verseuchung der Meere, Tierwohl: das alles sind nur einige der Herausforderungen, die in Zukunft gemeistert werden müssen. Hier sind alle Menschen gefordert, sich ihren Kräften und Möglichkeiten entsprechend zu engagieren. Dieses Engagement erschöpft sich nicht im Verzicht auf fossile Brennstoffe, im Konsum nachhaltiger Produkte oder ökologisch hochwertiger Nahrung. Engagement bedeutet aktive Beteiligung; zum Beispiel in der solidarischen Landwirtschaft, in der Pflege eines ökologischen Projekts oder in der nachhaltigen Produktion.

Menschen, die täglich darüber nachdenken müssen, wie sie den kommenden Tag finanzieren sollen und mehreren Jobs nachgehen, können sich nicht aktiv beteiligen.

Wir von der GFA-Partei meinen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen allen

Menschen die Zeit und Kraft gibt, sich aktiv in die Erhaltung einer lebensbejahenden Umwelt einzubringen.

Wirtschaft

Wir leben nicht primär für die Wirtschaft, die Wirtschaft muss die Aufgabe haben, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen und die Umwelt zu verbessern. Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht die Menschen der Wirtschaft.

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen von den Gewinnen der Wirtschaft profitieren aber dürfen nicht ständig allein zum Ausgleich ihrer Verluste herangezogen werden.

Die GFA-Partei fordert nicht nur in Krisenfällen eine „Übergewinnsteuer“. Alle Gewinne, die durch Zusatzvorteile entstehen und nicht durch das operative Geschäft – den „operativen Cashflow“ – müssen zusätzlich versteuert werden.

Auch deswegen fordern wir ein öffentlich zugängliches Lobbyregister.

Deutschland hat hierbei als größte Wirtschaftsmacht innerhalb des europäischen Binnenmarktes eine besondere Verantwortung und darf seinen Reichtum und seine Macht nicht zu Lasten anderer Länder ausbauen.

Finanzen

Steuern sind dazu da, den Bedarf eines Staates innerhalb seiner Grenzen zu finanzieren: zum Beispiel für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Steuern dürfen nicht herangezogen werden, um die Verpflichtungen eines Staates nach Außen zu decken. Somit hat das steuerfinanzierte bedingungslose Grundeinkommen kaum einen Einfluss auf die Staatsschulden. Auch Sonderausgaben, wie zum Beispiel durch die Corona-Krise, müssen weiterhin über einen Handel zwischen EZB und Bundesbank und Staatsanleihen finanziert werden können, ohne dass die Steuerzahler dadurch belastet werden.

Wir fordern eine Vermögenssteuer, die dem Leistungsprinzip gemäß Artikel 3 Abs. 1 unseres Grundgesetzes entspricht.

Wir fordern zudem eine konsequent durchgesetzte Erbschaftssteuer. Diese Erbschaftssteuer soll über die Bundesbank kreditiert werden können, um kleine und mittelständische Unternehmen nicht zu belasten.

Gesundheit

Wir fordern eine Bürgerversicherung bei freier Arztwahl.

Wir fordern besonders im Gesundheitsbereich die Schließung von Steuerschlupflöchern der Pharmaindustrie und anderer im Gesundheitsbereich tätiger Konzerne.

Wir meinen, dass sich durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens der aktuelle Pflegenotstand auflösen wird. Sehr viele Menschen arbeiten gerne in der Pflege. Jedoch hält viele die zu geringe Bezahlung und die große Belastung zurück. Das bedingungslose Grundeinkommen wird dazu führen, dass mehr Menschen einen Pflegeberuf ergreifen, aber sich dann in den Arbeitszeiten besser aufteilen. Die Tarifautonomie wird dadurch nicht aufgehoben. Die Löhne für das Pflegepersonal werden nicht sinken, aber die Belastung zurück gehen.

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Und dieses Recht verliert ein Mensch auch dann nicht, wenn er aus eigenem Willen keine Wohnung beziehen will. Wir denken, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen viele Gründe, die zu Obdachlosigkeit führen können, stark einschränken. Auch dafür muss das bedingungslose Grundeinkommen immer höher sein, als die Pfändungsgrenze. Wir stehen auf dem Grundsatz „Housing first“.

Wohnungen müssen anmietbar sein. Das heißt, dass auch Menschen in einer finanziellen Notlage ohne Rechtfertigungsdruck eine ihren Bedürfnissen gemäße Wohnung erhalten müssen.

Wenn Vermieter das Recht haben, von ihren Mietern eine Schufa-Auskunft zu fordern, muss dieses Recht auch den Mieter*innen zustehen. Dies erfordert nicht nur das Gleichheitsprinzip, sondern bietet Mieter*innen mehr Sicherheit, dass nicht irgendwann Mängel am Mietobjekt entstehen, die sie selbst nicht zu verantworten haben.

Wir fordern Dach- und Fassadenbegrünung an allen Miethäusern, bei denen es möglich ist. Dort, wo das Stadtbild nicht beeinträchtigt wird, sollten Hochhäuser gebaut werden dürfen. Dies ohne eine willkürliche Einschränkung in ihrer Höhe. Jedoch müssen dann die Erdgeschosse immer Quartiere zum Flanieren, zum Treffen und zum gemeinsamen Aufenthalt bieten. Wir fordern mehr Wohnraum in der City. Lager und Großraumbüros müssen günstigen Wohnungen Platz machen. Im Gegenzug dürfen wertvolle Park- und Grünanlagen der Stadt nicht bebaut werden.

Innerhalb der City lehnen wir reine Imponierbauten ab. Es dürfen keine architektonischen Mauern und Schluchten entstehen, die die Aufenthalts- und Wohnqualität einschränken. Dort, wo viele Menschen gerne wohnen, leben und miteinander in Kontakt treten, übernehmen sie auch Verantwortung für ihr Quartier. Dadurch entwickelt sich sehr viel weniger Kriminalität und auch der Drogenkonsum an diesen Orten wird sich verringern.

Verkehr

Wir fordern einen kostenfreien ÖPNV sowie eine weitestgehend autofreie Innenstadt. Neben der Emissionsreduktion hat ein kostenfreier ÖPNV weitere Vorteile. Der Zugang zu urbaner Mobilität ist unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen allen Bürgerinnen und Bürgern möglich.

Für den Ausbau des kostenfreien ÖPNV fordern wir die Entwicklung nachhaltiger Finanzierungskonzepte. Denkbar sind für uns Mobilitätsabgaben, die die größten Profiteure der urbanen Mobilität zu tragen haben. Das sind vor allem die in der Innenstadt ansässigen Betriebe und Einkaufszentren. Auch eine Maut auf bestimmte Stadtstraßen könnte den kostenfreien ÖPNV subventionieren. Ebenso kann über eine Finanzierung über Werbung im Kontext der Innenstädte nachgedacht werden. Zudem sind wir für den Ausbau breiter und sicherer Radwege sowie für Bereiche mit hoher Aufenthaltsqualität für Fußgänger. Für Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, benötigen wir kostenfreie Parkplätze und Parkhäuser direkt bei den öffentlichen Gebäuden wie Servicecentern und Bürgerbüros. Wir denken, dass sich die in der Innenstadt ansässigen Betriebe selbst darum kümmern können und auch darum kümmern werden, dass ihre Kund*innen und Mitarbeiter*innen sie erreichen. Die Innenstädte als Einkaufszentren zu entfremden, war ein Fehler der jüngeren Vergangenheit. Innenstädte müssen eine hohe Aufenthalts- und Wohnqualität besitzen. Der Konsum der Zukunft findet an der Peripherie der Städte oder online statt. Auch hier fordern wir eine nachhaltige und klimaschonende Infrastruktur. Es muss ein Gleichgewicht zwischen lebensnotwendiger Stadtbegrünung und infrastrukturellen Sachzwängen gefunden werden, wobei die Stadtbegrünung einen höheren Stellenwert einnimmt, da der Klimawandel nicht verhandelbar und flexibel ist. Sollte dies bei einigen Menschen zu einer zeitweisen Beschränkung ihrer Lebensverhältnisse führen, gibt ein bedingungsloses Grundeinkommen ihnen existentielle Sicherheit und stärkt sie bei einer Umorientierung.

Energie

Für eine lebenswerte, klimafreundliche und die Natur schonende Umwelt müssen wir weg von der fossilen Energieerzeugung. Wir als GFA-Partei fordern mehr nachhaltige Energieerzeugung mit Solarkraft, Windparks, Geothermie und mehr Engagement in der Entwicklung zukunftsfähiger Innovationen, wie zum Beispiel die Meerwasserentsalzung. Wir lehnen den Import von Gas und anderen Rohstoffen zur Energiegewinnung aus Ländern ab, die in ihrer Politik unseren freiheitlichen Grundgedanken widersprechen.

Wir wollen, dass die Grundversorgung in Deutschland grundsätzlich zu den günstigsten ökologischen Tarifen erfolgt.

Wir meinen, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu mehr Erfindungsgeist und Innovationen führt, wenn alle Menschen sich gemäß ihrer Talente und Interessen einbringen können und nicht in für sie wesensfremde Tätigkeiten abkommandiert werden, wie es bei unserem jetzigen Sozialsystem gängige Praxis ist.

Frieden

Aus der Erfahrung haben wir gelernt, dass freiheitliche und demokratische Gesellschaften von außen stark angegriffen werden. Je mehr sie diese Ideale anstreben, desto intensiver erfolgen auch diese Angriffe. Eine Gesellschaft muss also auch nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wehrhaft sein. Dies betrifft auch die Wirtschafts-Spionage und Cyberattacken.

Jedoch dürfen alle unsere Maßnahmen nur der Verteidigung dienen. Wir lehnen Lieferungen von Angriffswaffen ab und wollen die Herstellung solcher Waffen stark einschränken. Ebenso lehnen wir die Entsendung von Truppen in Krisengebiete ab, es sei denn, ihre Aufgabe besteht darin, Fluchtwege offen zu halten. Deutschland muss ein Land bleiben, dass allen verfolgten Menschen Asyl gewährt. Wenn diese Menschen Deutschland aber nicht erreichen können, wird dieses Asylrecht zu einer Farce. Dabei sehen wir Deutschland als einen Teil Europas. Wir müssen ein Mitbestimmungsrecht über die Kontingente behalten.

Das bedingungslose Grundeinkommen wird aber vor allem den inneren Frieden sichern. Es macht die Auswirkungen der Schere zwischen Arm und Reich geringer und hilft die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein sehr guter Schutz vor massiven Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen ohne dabei Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken.

Das bedingungslose Grundeinkommen beruht auf dem Ideal des freien und selbstbestimmten Menschen. Wir lehnen daher eine Wehrpflicht und auch alternative Verpflichtungen ab.